

EVAL-INFO-SYSTEM (EIS):
POU71-TB48 // POU24-TB03

»Es gibt keine Alternative zu den Netzwerken der USA«

SANKTIONEN Die Weltwirtschaft ist abhängig von amerikanischen Konzernen und ihren Strukturen. Forscher Abraham L. Newman erklärt, wie die US-Regierung daraus eine geopolitische Waffe macht.

Newman, Jahrgang 1973, ist Professor an der Georgetown University in Washington, D.C. Der Politikwissenschaftler gilt als einer der profiliertesten Sanktionsforscher weltweit. Vor zwei Wochen ist sein jüngstes Buch mit dem Titel »Underground Empire – How America Weaponized the World Economy« erschienen: Wie Amerika die Weltwirtschaft zur Waffe machte.

SPIEGEL: Herr Newman, ich habe Ihr Buch im Bus und in der Bahn gelesen. Das schwarz-rote Cover und der Titel »Underground Empire« haben viele Blicke auf sich gezogen. Sind Sie sicher, dass Sie nicht Munition für Verschwörungstheorien liefern?

Newman: Absolut sicher. Ich möchte lediglich ein falsches Bild der Globalisierung korrigieren. Allgemein glaubt man ja, der weltumspannende Handel habe die Regierungen geschwächt und die wahre Macht den Konzernen übertragen. Aber das stimmt so nicht. Die US-Regierung kontrolliert die Strukturen der Globalisierung, das verleiht ihr enorme Macht und die Möglichkeit, großen Druck auf andere Länder auszuüben, etwa durch Sanktionen.

SPIEGEL: Welche Strukturen meinen Sie?

Newman: Datenleitungen des Internets, Lieferketten oder Finanzsysteme – also das physische Rückgrat der Weltwirtschaft. Wenn wir telefonieren, Geld überweisen oder online einkaufen, vergessen wir leicht, dass hinter jedem dieser Vorgänge ein Netzwerk liegt, ohne das nichts funktionieren würde. US-Regierungen haben schon vor einiger Zeit begonnen, genauer zu studieren, wie sie diese Strukturen für sich nutzen könnten.

SPIEGEL: Was war der Auslöser?

Newman: Die Terroranschläge des 11. September 2001. Damals reifte unter US-Beamten die Idee, die Weltwirt-

schaft gegen Terroristen in Stellung zu bringen. Es gab dafür keinen lang gehegten Masterplan, sondern die USA standen vor einem schwierigen Problem und suchten verzweifelt nach geeigneten Werkzeugen. Das war der erste Schritt zum politischen Einsatz jener Strukturen, die ich »Untergrund-Imperium« nenne. Der US-Geheimdienst NSA legte riesige Überwachungsprogramme auf. Das US-Finanzministerium begann, weltweite Finanzbewegungen zu durchleuchten.

SPIEGEL: Können Sie das Vorgehen konkreter beschreiben?

Newman: Die NSA hatte etwa entdeckt, dass die großen zentralen Glasfaserkabel über US-Gebiet verlaufen,

Wissenschaftler Newman: »Jede Firma muss sich Gedanken machen über Geopolitik«



lesco Dornel / DER SPIEGEL

Dieser Fakt ist nicht das Ergebnis von Regierungsplänen, sondern von Entscheidungen der ersten Internetprovider. Die politischen Konsequenzen waren weitreichend.

SPIEGEL: Weil praktisch jede E-Mail, sämtliche Kommunikation über die USA abgewickelt wird?

Newman: Die großen Glasfaserkabel übertragen Nachrichten mit Lichtgeschwindigkeit. Wenn ein Land wie Brasilien an einer alten Kupferleitungsstruktur hängt, dann ist es für Nachbarländer schneller, eine E-Mail über den Umweg USA nach Brasilien zu schicken. Ein anderes Beispiel für ein stark zentralisiertes Netzwerk ist das Interbankensystem SWIFT, eine Art Poststelle für alle global agierenden Banken.

SPIEGEL: SWIFT ist allerdings eine belgische Organisation.

Newman: US-Regierungen haben SWIFT über einen längeren Zeitraum mit wirtschaftlichem und juristischem Druck zur Zusammenarbeit bewegt. Hinzu kommt, dass die USA durch die Größe ihrer Banken das größte Gewicht in dem System haben. Die zentrale Stellung von US-Konzernen ist der entscheidende Hebel. Ob Amazon, Google oder Großbanken wie JPMorgan, sie alle streben nicht nach Wettbewerb, sondern nach weitgehender Kontrolle des Markts. Washington macht sich die Dominanz der Firmen dann selbst zunutze.

SPIEGEL: Wie genau wird daraus ein Instrument in den Händen der US-Regierung?

Newman: Die Citibank ist in der Hinsicht ein historisch interessantes Beispiel: Sie schuf ein System, das Händlern überall auf der Welt Dollar zur Verfügung stellte, wenn diese mit Firmen in anderen Ländern Geschäfte abschließen wollten. Das war praktisch für diese Kunden, aber zugleich machte es die Citibank unverzichtbar. Die US-Regierung begann, solche Netzwerke für die Sammlung von Informationen zu nutzen, zwecks Überwachung. Von dort ist es nicht weit zum nächsten Schritt: Was, wenn man Gegner aus solchen Netzwerken herauswerfen kann?

SPIEGEL: Darauf beruht die Durchsetzungsmacht der Amerikaner im Fall von Sanktionen. Könnten Firmen aus China ähnlich mächtig werden?

Newman: Es gibt bis heute keine verlässlichen Alternativen zu den US-dominierten Netzwerken. China hat große Schwierigkeiten, eigene Knotenpunkte aufzubauen. Der Finanzplatz Hongkong war ein solcher, aber Peking hat ihn mit der Niederschlagung der Proteste selbst geschwächt.



JPMorgan-Chase-Zentrale in New York City, Straßenszene in Moskau: »Ich bin skeptisch, ob der Dollar tatsächlich entthront werden kann«

Der entscheidende Punkt ist: Die meisten chinesischen Konzerne befinden sich nicht in Privathand, sondern gehören dem Staat. Wenn sie im Ausland aktiv werden, schlägt ihnen zu Recht viel Skepsis entgegen. Die Stärke des amerikanischen Untergrund-Imperiums fußt ja gerade auf Infrastruktur, die nicht von staatlicher Seite errichtet wurde, sondern von privaten Firmen. Der Einfluss der Konzerne ist größer, als es die Reichweite von US-Behörden je sein könnte.

SPIEGEL: China hat bereits eine SWIFT-Kopie namens CIPS entwickelt.

Newman: Der Großteil der Zahlungsflüsse stammt allerdings aus Chinas Binnenhandel. SWIFT kommt auf das Zehnfache des Handelsvolumens. Die entscheidende Frage lautet auch gar nicht, ob China eine Konkurrenz zu SWIFT schaffen kann.

SPIEGEL: Sondern?

Newman: Weichen China und andere Akteure bei zu großem Druck der USA, etwa im Fall von Sanktionen, in die Schattenwirtschaft aus? Wir sehen das in Iran: Das Land wickelt Milliardenexporte über eine Art Schattenfinanzsystem ab. Dessen Nutzung ist teurer, vor allen Dingen aber ist es nicht so gut reguliert wie der offizielle Bankensektor. Wenn große Teile der Weltwirtschaft in solche dunkle Kanäle wechseln, könnte das die Stabilität des globalen Finanzsystems gefährden.

SPIEGEL: Viele Sanktionen fußen auf der zentralen Rolle der US-Währung für den Welthandel: Länder wie Russland werden vom Handel in Dollar abgeschnitten und damit isoliert. Aber wie lange kann es diese zentrale Rolle noch geben, wenn Staaten wie China und Brasilien über alternative Handelswährungen nachdenken?

Newman: Ich bin skeptisch, ob der Dollar tatsächlich entthront werden kann. Chinas Renminbi ist bis heute keine frei konvertierbare Währung. Wer in China Geld investiert, kann nicht sicher sein, dass er es zu jedem Zeitpunkt wieder abziehen kann. In den USA ist das anders. Investitionen werden dort durch ein verlässliches Rechtssystem geschützt. Die größte Bedrohung für die ökonomische Vormacht der USA ist deshalb

ein möglicher Niedergang der US-Demokratie.

SPIEGEL: Umfragen zeigen, dass China und Russland heute schon in vielen Teilen der Welt ein besseres Image haben als die USA. Schwächt das die Macht der von Ihnen beschriebenen Netzwerke?

Newman: Ärger über die USA allein reicht nicht aus, um konkurrierende Systeme zu etablieren. Die Firmen bräuchten eine Alternative, die wenigstens im Ansatz ähnliche Leistungen erbringt. Die US-Finanzmärkte zum Beispiel sind unfassbar liquide, die Zahl der dort abgewickelten Transaktionen ist um ein Vielfaches höher als in jedem anderen Markt, dazu gibt es keine einfache Alternative.

SPIEGEL: Wie finden es die Firmen, dass ihre Infrastruktur von der Regierung genutzt wird?

Newman: Die Führungsetagen haben sich über Jahrzehnte der Illusion hingegeben, sie könnten sich dem Arm der Regierungen entziehen. Jetzt sind alle aufgewacht und merken: Jede Firma muss sich Gedanken machen über Geopolitik.

SPIEGEL: Wehren sich die Unternehmen nicht dagegen, politisch vereinnahmt zu werden?

Newman: Einige leisten Widerstand, so wie Google seine Verschlüsselung nach den Snowden-Enthüllungen verstärkte. Andere arbeiten eng mit den Regierungen zusammen. So wie Microsoft im Ukrainekrieg: Das Unternehmen hat seine langjährige demonstrative Neutralität aufgegeben und der Ukraine geholfen, sich gegen russische Attacken zu verteidigen.

SPIEGEL: Der Begriff des »Untergrund-Imperiums« unterstellt Schlagkraft. Nun hat der Westen seine ganze wirtschaftliche Übermacht gegen Russland in die Waagschale geworfen, hat Sanktionen verhängt. Trotzdem macht Putin weiter, und die russische Wirtschaft wächst. Allzu erfolgreich scheint der Einsatz der von Ihnen beschriebenen Netzwerke also nicht zu sein.

Newman: Die Erwartungen waren zu hoch. Sanktionen sind kein Wundermittel, und sie entscheiden diesen Krieg genauso wenig wie die Lieferung von Abrams- oder Leopard-Panzern. Für Putin ist dieser Krieg existen-

ziell: Zieht er zurück oder unterliegt er, dürfte er selbst Geschichte sein. Das ist der größte Unterschied zu Iran.

SPIEGEL: Die gegen Iran verhängten Sanktionen waren erfolgreicher?

Newman: Jedenfalls jene, die vor dem Zustandekommen des internationalen Atom-Abkommens 2015 verhängt wurden. EU und USA warfen iranische Banken aus dem SWIFT-System. Das hat Teheran motiviert, an den Verhandlungstisch zu kommen.

SPIEGEL: Wieso macht der SWIFT-Rauswurf Russland weniger zu schaffen als damals Iran?

Newman: Wir werden Jahre warten müssen, bis wir die Folgen der Sanktionen verlässlich abschätzen können. Aber zur Wahrheit gehört, dass der Westen Russland weiter erlaubt, Öl und Gas zu verkaufen. Das ist ein wichtiger Grund, warum Moskau seine Kriegsausgaben aufrechterhalten kann.

SPIEGEL: Welche Rolle messen Sie Europa im Verhältnis zu den USA zu?

Newman: Europa steckt in einer radikalen Neuorientierung. Die EU hat Wirtschaft und Globalisierung immer als Weg zu Frieden und Wohlstand gesehen. Dann kam das brutale Erwachen in einer Welt, in der Verbindung Verwundbarkeit bedeuten kann. Das gilt nicht nur für Europas Beziehungen zu China und Russland. In Brüssel und Berlin machen sich viele Gedanken über eine mögliche Wiederwahl Donald Trumps in den USA.

SPIEGEL: In Ihrem Buch kommt das als »T-2«-Szenario vor, in Anlehnung an die verbesserte Version des Killerroboters im Film »Terminator 2«.

Newman: So hat das ein EU-Vertreter in einem Hintergrundgespräch genannt. Aber egal ob Trump oder ein anderer Republikaner gewählt wird, die Beziehung zwischen den USA und Europa hat sich verändert. Sie ist heute mehr eine Art Geschäft zwischen Parteien mit ähnlichen Interessen, weniger der tiefe Glaube an transatlantische Gemeinsamkeiten. Europa sollte sich auf eine neue US-Regierung einstellen, die Sanktionen gemeinsam mit Europa einsetzt, diese aber auch gegen die EU richten kann.

Interview: Benjamin Bidder